

Pressemitteilung

„Wegen Überfüllung geschlossen“

hätte man mit Fug und Recht an die Tür des Pariser Hoftheaters schreiben können, als am gestrigen Montag Abend Attac und KoMa, die Mainzer Bürgerinitiative gegen den Bau des geplanten Kohlekraftwerks der KMW, zu einer Infoveranstaltung luden. Im brechend vollen Saal waren zeitweise sogar die Stehplätze knapp. Die parallel angebotenen Infotische von KeKoWi und KoMa erfreuten sich größten Zuspruchs.

Jörg Jordan, Ex-Naturschutzminister der hessischen SPD, ging mit den Mainzer Genossen unter der Leitung von OB Jens Beutel hart ins Gericht: Sie missachteten offensichtlich Bundesparteitagsbeschlüsse zum Klimaschutz. Jordan kündigte einen Vorstoß der Wiesbadener SPD-Fraktion an, die in der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag auf Klage gegen das Kraftwerksprojekt stellen werde: Wenn alle Parteien, die offiziell gegen das Kraftwerk seien, diesen Vorschlag unterstützten, hätten sie dafür die parlamentarische Mehrheit.

Dirk Tessmer, Rechtsanwalt aus Frankfurt, betonte die Dringlichkeit, sich noch während der laufenden Einwendungsfrist bis zum 15.02. schriftlich bei der Genehmigungsbehörde zu äußern: Wer dies jetzt nicht täte, habe dem Projekt durch Schweigen de jure zugestimmt und damit jede weitere Klageberechtigung verwirkt.

Die Vertreter der Bürgerinitiativen verwiesen auf die Möglichkeit, dies mithilfe vorformulierter oder aus Textbausteinen generierter Schreiben zu tun, die auf der gemeinsamen Internetseite der Mainzer BI ‚Kohlefreies Mainz‘ (KoMa) und der Wiesbadener BI ‚Kein Kohlestrom Wiesbaden‘ (KeKoWi) <http://www.einspruch-kohlekraftwerk.de> präsentiert würden: Zugleich warben sie für die Einwendergemeinschaft, die ihren Mitgliedern gegen die einmalige Zahlung von 25,- € professionelle juristische Hilfe im Falle einer späteren Klage gewähren werde.

In der anschließenden, lebhaften Publikumsdiskussion wurde vor allem der viel zu geringe Informationsgrad der Bevölkerung sowie die Angst vieler Privatleute und Institutionen beklagt, sich in dieser Frage öffentlich zu positionieren. Andere verwiesen nachdrücklich auf die einfache, aber wirkungsvolle Protestform des Wechsels zu einem Ökostromanbieter.

Der am Ende der Veranstaltung eingelaufene Spendenbetrag wurde nach dem einhelligen Votum der Veranstalter dem Jüngsten unter den Kraftwerksgegnern, der überparteilichen Wiesbadener Initiative ‚Kein Kohlestrom Wiesbaden‘ (KeKoWi) übergeben: Sie wird das Geld verwenden, um dem Thema endlich auch unter den Wiesbadenern jene Aufmerksamkeit zu verschaffen, die es verdient.

Schon in dieser Woche, so die Sprecherin von KeKoWi, Ira Krissel, trifft sich die Initiative wieder in der Biebricher Gaststätte Schützenhof:

Am Donnerstag, 17.01. ab 19.30 h wird die Diskussion dort fortgesetzt: „Hoffentlich ist der Saal groß genug, wenn das Interesse so weiter anhält“, meinten die Vertreter der BI und bedankten sich für die großzügige Unterstützung.